

2015.SR.000153

Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Stützstrümpfe für den Gewerkschaftsbund

Der Stadtrat hat anlässlich der Budgetberatungen 2015 mit knapper Mehrheit einen Beitrag von 6000 Franken für den Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung ohne vereinbarte Gegenleistung beschlossen. In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche rechtliche Grundlage besteht für diese Subvention?
2. Inwiefern entspricht die Bevorzugung einer einzelnen Gewerkschaft (und nur einer Seite der Sozialpartnerschaft) dem Anspruch auf rechtsgleiche Behandlung?
3. Welche Gegenleistung hat der Gemeinderat für diese Subvention verlangt?
4. Sofern eine bestimmte Tätigkeit unterstützt wird: Inwiefern müssten gleiche Tätigkeiten, die aber von anderen Dritten erbracht werden, auch unterstützt werden?
5. Ist der Subventionsentscheid des Stadtrates verbunden mit der Pflicht zur Ausgabe oder bloss eine Ermächtigung dazu?
6. Liegt ein solcher Subventionsbeitrag aufgrund der Höhe im alleinigen Kompetenzbereich des Gemeinderates?
7. Ist die Ausstandspflicht einer Stadträtin oder eines Stadtrates angezeigt, wenn diese oder dieser beim Gewerkschaftsbund angestellt wäre?
8. Unterliegt der Subventionsempfänger rechtlichen Anforderungen der Stadt (Beschaffungsrecht, Förderung von Kaderfrauen etc.)?

Bern, 21. Mai 2015

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Dannie Jost, Christoph Zimmerli, Pascal Rub